

Gutachterordnung der Bayerischen Landeszahnärztekammer



(Ab 01.06.2023 geltende Fassung)

Präambel

An gutachterlich tätige Zahnärztinnen und Zahnärzte werden hohe Anforderungen gestellt, die über die zahnärztlich-fachliche Qualifikation hinausgehen. Weiter kommen persönlicher Integrität und hinreichender Berufserfahrung wesentliche Bedeutung für die gutachterliche Tätigkeit zu. Die Bayerische Landes Zahnärztekammer (BLZK) will mit einem eigenen Gutachterverzeichnis diese Aspekte betonen und zugleich eine Hilfestellung bei der Suche nach geeigneten Gutachterinnen und Gutachtern geben. Dabei erkennt jede Zahnärztin und jeder Zahnarzt, der in das Verzeichnis der Gutachter nach der Gutachterordnung der BLZK aufgenommen wird, die Bestimmungen der Gutachterordnung der BLZK als für sich verbindlich an.

1. Gutachterliche Tätigkeit

1.1 Bei der Erstellung von Gutachten hat der Gutachter der Erwartung der Öffentlichkeit an eine hohe fachliche Kompetenz und Objektivität zu entsprechen.

1.2 Die gutachterliche Tätigkeit erfolgt selbstständig und eigenverantwortlich sowie auf eigene Rechnung. Der Gutachter hat dafür Sorge zu tragen, dass auch die Risiken aus seiner gutachterlichen Tätigkeit durch eine ausreichende Haftpflichtversicherung abgedeckt sind.

2. Aufnahme in das Verzeichnis der Gutachter nach der Gutachterordnung der BLZK

2.1 Die Aufnahme in das Verzeichnis der Gutachter nach der Gutachterordnung der Bayerischen Landes Zahnärztekammer erfolgt durch den Vorstand der Bayerischen Landes Zahnärztekammer. Im Falle einer Außendarstellung der Aufnahme in das Verzeichnis ist die Bezeichnung „Gutachter nach der Gutachterordnung der Bayerischen Landes Zahnärztekammer“ oder „Gutachter nach der Gutachterordnung der BLZK“ zu führen. Andere Bezeichnungen sind unzulässig. Die Aufnahme in das Verzeichnis erfolgt vorbehaltlich der Regelung nach Ziff. 2.4.7 für die Dauer der laufenden Amtsperiode des Vorstands der Bayerischen Landes Zahnärztekammer. Der jeweilige Gutachter bleibt nach Ablauf der Amtsperiode übergangsweise solange im Verzeichnis aufgeführt, bis der Vorstand der folgenden Amtsperiode über die Neuaufnahme entschieden hat. Ziff. 2.7 bleibt jeweils unberührt. Eine neuerliche Aufnahme ist nach Überprüfung der Voraussetzungen zulässig.

2.2 In das Verzeichnis können approbierte Zahnärzte und Fachzahnärzte aufgenommen werden, die folgende Voraussetzungen erfüllen:

Zum einen müssen sie im räumlichen Geltungsbereich des Zahnheilkundengesetzes entweder als Selbstständige oder als Angestellte mindestens sieben Jahre ganztätig und hauptberuflich zahnärztlich in freier Praxis, in einem Medizinischen Versorgungszentrum oder in einer Klinik tätig gewesen sein oder als hauptberufliche Hochschullehrer der Zahnheilkunde an einer deutschen Universität berufen worden sein. Teilzeittätigkeiten sind entsprechend zu berücksichtigen.

Zum anderen müssen sie Mitglieder eines Zahnärztlichen Bezirksverbandes in Bayern sein. Ferner ist es Voraussetzung für die Gutachtertätigkeit, dass der Gutachter im Zeitpunkt der Entscheidung über die Aufnahme zahnärztlich behandlerisch tätig ist.

Weiterhin müssen sie einen Nachweis über den Erwerb von theoretischen und fachspezifisch-gutachterlichen Kenntnissen und Fähigkeiten in curricular organisierten Veranstaltungen erbringen, die 64 Unterrichtseinheiten (UE) und die Anfertigung von 2 Gutachten umfassen (s. Anlage).

2.3 Nicht aufgenommen werden kann, wer persönlich oder fachlich nicht geeignet ist. Insbesondere kann nicht aufgenommen werden, wer in strafrechtlicher, berufsrechtlicher oder approbationsrechtlicher Hinsicht sowie innerhalb des vertragszahnärztlichen Bereichs insbesondere in zulassungsrechtlicher oder disziplinarrechtlicher Hinsicht in einer Weise in Erscheinung getreten ist, welche zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Aufnahme in das Verzeichnis die persönliche oder fachliche Eignung nicht gewährleistet erscheinen lässt.

2.4 Der Vorgang zur Aufnahme in das Verzeichnis ist wie folgt geregelt:

2.4.1 Die zahnärztlichen Bezirksverbände schlagen nach Absprache mit den jeweiligen Kollegen Bewerber vor. Auch eine Eigenbewerbung ist möglich. In diesem Fall ist eine Stellungnahme des zahnärztlichen Bezirksverbands einzuholen. Der Bewerber wendet sich an das Gutachterreferat wegen der Aufnahme in das Verzeichnis der Gutachter. Er reicht Nachweise seiner beruflichen Tätigkeit, Nachweise über die Ableistung und die Inhalte der curricular organisierten Veranstaltungen gemäß 2.2 und Nachweise seiner Qualifikation hinsichtlich des von ihm gewünschten Gutachten-Teilgebietes nach 2.5 ein. Bereits erstellten Gutachten kommt eine besondere Bedeutung zu. In den gewünschten Teilgebieten sind mindestens 40 Stunden (UE) Fortbildung (kein Literaturstudium) je Teilgebiet innerhalb der letzten 4 Jahre nachzuweisen. Gutachten sind unter Beachtung der ärztlichen Schweigepflicht und des Datenschutzes hinsichtlich aller im Gutachten genannter Personen in anonymisierter Form einzureichen.



- 2.4.2 Soll ein bereits bestellter Gutachter erneut bestellt werden, reichen der Nachweis der 40 Fortbildungsstunden (UE) je Teilgebiet innerhalb der letzten 4 Jahre sowie der Nachweis der zahnärztlich behandlerischen Tätigkeit aus. Voraussetzung ist ferner, dass er seinen Pflichten (s. Ziff. 3.) nachgekommen ist.
- 2.4.3 Die KZVB nimmt zu der Bewerbung hinsichtlich der Kriterien nach Ziff. 2.3 nach Einwilligung durch den Zahnarzt Stellung.
- 2.4.4 Bei der erstmaligen Bestellung und im begründeten Einzelfall kann das Gutachterreferat von einem Bewerber Probegutachten erstellen lassen.
- 2.4.5 Der Gutachterreferent überprüft sämtliche Unterlagen und nimmt zu der Bewerbung Stellung. Die Überprüfung der jeweils anonymisierten Gutachten erfolgt dabei durch den Gutachterreferenten und einen entsprechend qualifizierten Gutachter des entsprechenden Gutachter-Teilgebiets, der im Auftrag der BLZK tätig wird.
- 2.4.6 Anschließend schlägt der Gutachterreferent dem Vorstand der BLZK diejenigen Bewerber zur Aufnahme in das Verzeichnis vor, die das Gutachterreferat für geeignet hält. Hält das Gutachterreferat einen Bewerber für nicht geeignet, teilt dies der Gutachterreferent dem Vorstand zur Entscheidung mit.
- 2.4.7 Die erstmalige Aufnahme in das Verzeichnis erfolgt unter Vorbehalt des Widerrufs und für die Dauer von 18 Monaten. Innerhalb eines Jahres ab Aufnahme in das Verzeichnis hat der Gutachter zur Qualitätssicherung sämtliche von ihm seitdem erstellten Gutachten dem Gutachterreferat der BLZK nach Ziff. 3.1.1 Buchst. c) vorzulegen und im Fall von unter Qualitätssicherungsaspekten bestehendem Gesprächsbedarf des Gutachterreferenten an kollegialen Fachgesprächen nach Ziff. 3.1.1 Buchst. g) teilzunehmen. Bestehen nach Beurteilung des Gutachterreferates erhebliche Mängel in der Gutachtenerstellung und besteht trotz kollegialen Fachgesprächs die begründete Wahrscheinlichkeit, dass sich vergleichbare Mängel auch in Zukunft zeigen, endet die Aufnahme in das Verzeichnis spätestens mit Ablauf der Zeit nach Satz 1. Die Entscheidung hierüber trifft der Vorstand; der Gutachterreferent nimmt dem Vorstand gegenüber hierzu Stellung. Stellt jedoch das Gutachterreferat fest, dass die erstellten Gutachten den Qualitätsanforderungen der BLZK entsprechen, verbleibt der Gutachter nach Ablauf der Zeit nach Satz 1 in dem Verzeichnis.
- 2.4.8 In allen Fällen ist der Bewerber über die getroffene Entscheidung vom Gutachterreferenten zu informieren. Im Falle der Ablehnung sind dem Bewerber die wesentlichen Gründe mitzuteilen.
- 2.5 Das Verzeichnis untergliedert sich in folgende Teilgebiete, die jeweils auch das Teilgebiet des Honorierungswesens beinhalten:
- Konservierende Zahnheilkunde, Endodontie und Parodontologie,
 - Prothetik,
 - Chirurgie, Implantologie,
 - Kieferorthopädie.
- 2.6 Das Verzeichnis wird mit den Angaben zu Fachzahnarzt-/ Facharzt-Bezeichnung (soweit vorhanden), Adresse, Telefon, Fax und E-Mail an Gerichte, sonstige um zahnmedizinische Begutachtungen nachsuchende Stellen und Patienten weitergegeben sowie unter der Adresse www.blzk.de veröffentlicht.
- 2.7 Die Benennung des Gutachters im Verzeichnis endet
- mit dem Verzicht des Gutachters,
 - bei Ende der Mitgliedschaft in einem zahnärztlichen Bezirksverband in Bayern,
 - bei Widerruf der Aufnahme in das Verzeichnis durch den Vorstand der BLZK. Dieser erfolgt, wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass die Voraussetzungen für die Aufnahme tatsächlich nicht gegeben waren und der Vorstand der BLZK bei Kenntnis dieser Umstände die Aufnahme nicht vorgenommen hätte. Sie ist ferner widerrufbar, wenn der Gutachter den Bestimmungen dieser Gutachterordnung mehr als nur unerheblich zuwider handelt und/oder seine gutachterlichen Pflichten mehr als nur unerheblich verletzt; darüber hinaus gilt Ziff. 3.1.1 Buchstabe b) Satz 2.
 - mit dem Ablauf der Amtsperiode, für die der Gutachter in das Verzeichnis aufgenommen ist, einschließlich der Übergangsfrist nach Ziff. 2.1 Satz 4.

3. Pflichten des Gutachters

3.1 Besondere Pflichten des Gutachters

- 3.1.1 Jeder in das Verzeichnis aufgenommene Gutachter ist zu Folgendem verpflichtet:
- regelmäßige fachspezifische Fortbildung insbesondere auf dem Teilgebiet, für das er im Verzeichnis benannt ist (40 Stunden (UE) je Teilgebiet in 4 Jahren); angerechnet werden 5 UE für Literaturstudium),
 - Teilnahme an der jährlichen Gutachtertagung der BLZK; diese dient der gutachtenspezifischen Fortbildung. Bei zweimaligem unentschuldigtem Fehlen innerhalb einer Bestellungsperiode liegt die Voraussetzung für einen Widerruf der Aufnahme in das Verzeichnis nach Ziff. 2.7 Buchstabe c) vor.
 - Teilnahme an der Qualitätssicherung des Gutachterreferates durch Übersendung erstatteter Gutachten auf Anforderung des Referats unter Einhaltung der Bestimmungen der ärztlichen Schweigepflicht und des Datenschutzes,
 - Gutachten nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft zu verfassen,



- e) eine Tätigkeit für gesetzliche Krankenkassen oder private Krankenversicherungen oder für den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung ist dem Referat mitzuteilen,
- f) im Rahmen der Qualitätssicherung nach Buchst. c) im Fall von nicht nur unerheblichen Mängeln eines Gutachtens das kollegiale Fachgespräch mit dem Gutachterreferenten oder mit Gutachtern nach Ziff. 2.4.5 Satz 2, 2. Halbsatz, wahrzunehmen. Nimmt der Gutachter trotz dreier Terminvorschläge innerhalb von 2 Monaten nicht am kollegialen Fachgespräch teil, wird der Gutachter nicht mehr in dem Verzeichnis der Gutachter geführt. Erst nach dem kollegialen Fachgespräch kann der Gutachter wieder in das Verzeichnis aufgenommen werden.
- 3.1.2 Gutachterlich tätige Zahnärzte, die mit ihnen in einer Berufsausübungsgemeinschaft (Gemeinschaftspraxis und Partnerschaftsgesellschaft) verbundenen Zahnärzte sowie deren angestellte Zahnärzte dürfen begutachtete Patienten vor Ablauf von 24 Monaten nach Abgabe des Gutachtens nicht behandeln. Gleiches gilt für alle Zahnärzte eines MVZ. Das Behandlungsverbot gilt nicht für Notfälle.
- 3.1.3 Eine Empfehlung oder Überweisung zur Weiterbehandlung von begutachteten Patienten ist nicht zulässig.
- 3.1.4 Die Anfertigung eines Gutachtens ist vom Zahnarzt höchstpersönlich vorzunehmen; hierbei hat er mit der notwendigen Sorgfalt und Objektivität zu verfahren und sich im Rahmen des ihm gestellten Auftrages nach bestem Wissen und unter Hintanstellung seiner eigenen Behandlungsmethoden zu äußern.
- 3.1.5 Bei wissenschaftlichen Streitfragen hat der Gutachter, soweit sie für seine Begutachtung relevant sind, den Sach- und Streitstand darzulegen. Bei der Untersuchung oder Befragung eines Patienten sowie bei der textlichen Gestaltung des Gutachtens sind regelmäßig Erwägungen, die vom Auftrag nicht gedeckt sind sowie unsachlich herabsetzende Äußerungen über die Arbeit des Behandlers zu unterlassen.
- 3.1.6 Begutachtungen sowie die Ausstellung von Zeugnissen oder Bescheinigungen über die Wirksamkeit von Arzneimitteln, zahnärztlichen Materialien und Geräten sowie Mundpflegemitteln sind nur statthaft, wenn dafür Sorge getragen wird, dass sie nicht zu Werbezwecken verwendet werden.
- 3.2 Gutachtenauftrag und Ablehnung des Auftrages
- 3.2.1 Der Auftrag zur Erstellung eines Gutachtens erfolgt in der Regel durch den Patienten, den Zahnarzt, das Gericht, eine Behörde oder einen Versicherer. Kostenträger ist der jeweilige Auftraggeber.
- 3.2.2 Der Gutachter vereinbart vor Annahme des Auftrages mit seinem Auftraggeber eine angemessene Vergütung.
- 3.2.3 Der Gutachtenauftrag ist abzulehnen oder zurückzugeben, wenn
- a) der Gutachtenauftrag nicht schwerpunktmäßig zu dem Gebiet gehört, für das der Gutachter berufen wurde;
 - b) die an den Gutachter herangetragene Fragestellung die eigenen Kenntnisse überschreitet;
 - c) die zu begutachtende Problematik auch unter vertragszahnärztlichen Gesichtspunkten zu werten ist und der Gutachter nicht innerhalb des Systems der vertragszahnärztlichen Versorgung tätig ist;
 - d) Tatsachen vorliegen, die geeignet sind, Misstrauen gegen die Unparteilichkeit des Gutachters zu rechtfertigen (Besorgnis der Befangenheit);
 - e) sich der Gutachter nicht imstande sieht, den Auftrag innerhalb einer angemessenen Frist zu erfüllen;
 - f) der Auftrag keine zahnmedizinische Fragestellung hat.
- 3.2.4 Die Weitergabe des Auftrages an einen anderen Gutachter ist nicht zulässig.
- 3.3 Vorbereitung des Gutachtens
- 3.3.1 Der Gutachter bestätigt unverzüglich den Eingang des Gutachtenauftrages sowie den Empfang von Unterlagen und Akten; fehlende, unbrauchbare oder beschädigte Unterlagen sind unverzüglich dem Auftraggeber gegenüber zu monieren.
- 3.3.2 Hält der Gutachter die Fragestellung für unklar oder zahnmedizinisch nicht für beantwortbar, so ist der Auftraggeber zu unterrichten und um Klarstellung zu bitten.
- 3.3.3 Sofern der Gutachtenauftrag nicht im Auftrag eines Gerichts erfolgt, ist der behandelnde Zahnarzt unter Einbeziehung des Auftraggebers und unter Berücksichtigung der Bestimmungen der ärztlichen Schweigepflicht über den Gutachtenauftrag zu unterrichten und es ist ihm Gelegenheit zu geben, sich zu dem konkreten Auftrag und zum Behandlungsfall unter Einräumung einer angemessenen Frist zu äußern.
- 3.3.4 Der Gutachter fordert bei Bedarf weitere Behandlungsunterlagen durch den Auftraggeber an. Die Grundsätze der ärztlichen Schweigepflicht sind hierbei zu beachten. Eine Untersuchung des Patienten ist vorzunehmen, wenn hiervon Erkenntnisse für die Beantwortung der gestellten Fragen zu erwarten sind.
- 3.3.5 Das Gutachten darf grundsätzlich nur dem Auftraggeber ausgehändigt werden.

4. Hinweise zum Aufbau des Gutachtens

4.1 Ein Gutachten soll, soweit sinnvoll und erforderlich, den formalen Anforderungen der von der BLZK zur Verfügung gestellten Mustergliederung entsprechen und grundsätzlich folgendermaßen gegliedert sein:

Briefkopf des Gutachters

Name, Adresse des Auftraggebers

Aktenzeichen

Beweisbeschluss/Fragestellung

Auflistung der Unterlagen

Auswertung der Unterlagen

Gutachterliche Untersuchung (soweit erforderlich)

- Angaben des Untersuchten zur Anamnese
- erhobene Befunde, soweit für die Beantwortung der Fragen erforderlich

Gutachterliche Stellungnahme mit Beantwortung der Fragen des Beweisbeschlusses

Literaturverzeichnis (soweit erforderlich)

4.2 Bei der Auswertung der maßgeblichen Unterlagen und Akten sind die für die Begutachtung wesentlichen Fakten aufzuführen. Wiederholungen des Akteninhaltes sind dabei möglichst zu vermeiden. Wird Bezug auf die Akten genommen, sind die Angabe der Seite des Gerichtsaktes und des Datums des jeweiligen Schriftstückes sinnvoll.

4.3 Anamnese und Befunde: Die vom Gutachter für die Begutachtung wesentlichen, selbst erhobenen Befunde und die eigene Auswertung von Röntgenbildern sind aufzuführen, ohne dass diese an dieser Stelle hinsichtlich der Fragestellung bewertet werden. Auf die Trennung von Befunden einerseits und Bewertungen im Rahmen der gutachterlichen Stellungnahme andererseits ist somit besonders zu achten.

4.4 Gutachterliche Stellungnahme: Grundlage im Zusammenhang mit der Frage nach Behandlungsfehlern ist regelmäßig der zahnmedizinische Standard zum Zeitpunkt der streitgegenständlichen Behandlung. Die vom Gutachter getroffenen Feststellungen sind neben den fachlichen Ausführungen auch in für den medizinischen Laien nachvollziehbarer Weise zu begründen. Fachausdrücke sind gegebenenfalls kurz zu erklären.

Beantwortung der Fragestellung: Die Ausführungen beschränken sich auf die gestellten Fragen, auf die sie unmittelbar einzugehen haben, weitschweifende Abhandlungen allgemeiner Art sind zu vermeiden. Der Gutachter hat sich grundsätzlich eigener alternativer Behandlungsvorschläge zu enthalten, es sei denn, die Fragestellung fordert dieses. Herabsetzende und emotionale Äußerungen sind zu unterlassen. Bei längeren Gutachten sind die einzelnen Fragen jeweils vor ihrer Beantwortung zu wiederholen, um die Lesbarkeit des Gutachtens zu erleichtern.

4.5 Zusammenfassung: Bei umfangreichen Gutachten kann eine Zusammenfassung sinnvoll sein.

4.6 Weiterführende Hinweise sind der Leitlinie „Empfehlungen zur Abfassung von Gutachten in Arzthaftungsprozessen“ zu entnehmen (AWMF-Leitlinie Nr. 015/026).

5. Streitschlichtung bei Gutachten

Bei Streitigkeiten über die Ordnungsmäßigkeit von Gutachten und deren Gebührenberechnung können der Gutachter und der Auftraggeber die Bayerische Landeszahnärztekammer zur Streitschlichtung anrufen.

6. Inkrafttreten

Vom Abdruck wurde abgesehen.

Anhang zu 2.2

Modul I: Grundlagen der Gutachtenerstellung

2 Tage, 16 UE

Bedeutung des Gutachtens, Rechtliche Grundlagen/Definitionen, Arten von Gutachten, Formale Gestaltung von Gutachten, Befangenheit/Haftung des Gutachters/Vergütung, Bedeutung des Beweisbeschlusses, Anamnese und gutachterliche Untersuchung, Grundzüge von Dokumentation und Aufklärung, Honorargutachten und Fragen zur GOZ

Modul II: Fachspezifische Grundlagen für Gutachten I

2 Tage, 16 UE

Radiologie/DVT/CT/MTR/Röntgenbefundung, Chirurgie, Implantologie, Prothetik, Funktionsanalyse, Psychosomatik, Besprechung Mustergutachten, Ausgabe Hausarbeit 1

Modul III: Fachspezifische Grundlagen für Gutachten II

2 Tage 16 UE

Konservierende Zahnheilkunde, Endodontie, Parodontologie, Kieferorthopädie, Besprechung der Hausarbeit 1, Ausgabe der Hausarbeit 2

Modul IV: Praxis der Gutachtenerstellung

2 Tage, 16 UE

Umgang mit Literatur/Leitlinien/Kommentaren/Urteilen, Außenseitermethoden, Praktische Beispiele, Besprechung der Hausarbeit 2